

Von der PDS-Programmatik zum Programmwurf der Partei DIE LINKE

Horst Dietzel

Programme sind nicht mit der Politik von Parteien zu verwechseln. Sie spielen heute in den politischen Auseinandersetzungen nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch geben sie Aufschluss über das Selbstverständnis der jeweiligen Partei, über ihre innere Verfasstheit und über die wichtigsten Botschaften, die sie in die Gesellschaft aussendet. Vor allem im linken Parteienspektrum haben Programme traditionell einen relativ hohen Stellenwert. Deshalb ist es für die Einschätzung von Entwicklungsprozessen von Parteien wichtig, auch Veränderungen im programmatischen Selbstverständnis über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Das trifft vor allem auf die PDS und die aus ihr und der WASG entstandene Partei DIE LINKE zu. Die PDS musste sich nach dem Scheitern der DDR und der SED programmatisch neu positionieren, mit dem Hineinwachsen in die größere Bundesrepublik Deutschland dann auch ihre Programmatik verändern und sich schließlich mit der Bildung der Linkspartei wiederum programmatisch neu festlegen. Die Analyse dieser Programmentwicklung gibt Aufschluss darüber, wieweit sich PDS und später die Linkspartei in ihrem Selbstverständnis verändert haben. Diesen grundlegenden Fragen wird im Folgenden nachgegangen, programmatische Detailfragen – so wichtig konkrete politische Forderungen sind – können hier nicht thematisiert werden.

Im Verlaufe ihrer Geschichte hatte die PDS drei Parteiprogramme ihrer politischen Arbeit zugrunde gelegt. Das erste Programm wurde auf dem Wahlparteitag am 24./25. Februar 1990 verabschiedet. Das zweite beschlossen die Delegierten der 1. Tagung des 3. Parteitages im Januar 1993. Das dritte war seit dem Chemnitzer Parteitag im Jahre 2003 gültig. Um die Programme wurde unterschiedlich intensiv debattiert. Während um das erste Programm kaum inhaltliche Auseinandersetzungen – schon in Anbetracht der Kürze der Zeit – geführt wurden, gab es um den Text des 93er-Programms recht heftige Auseinandersetzungen. Die Debatte um das 2003 verabschiedete Parteiprogramm der PDS dauerte mehrere Jahre.

Die Vereinigung von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE machte eine neue programmatische Grundlage erforderlich. Mit der Gründung

der neuen Partei im Jahre 2007 wurden „Programmatische Eckpunkte“ angenommen, die diese Funktion erfüllten. Dennoch war klar, dass dies eine Übergangslösung bis zu einem neuen Parteiprogramm sein würde. Im März 2010 wurde dann von der Programmkommission der Partei ein Entwurf für ein neues Parteiprogramm vorgelegt. Es soll Ende 2011 verabschiedet werden.

Das Programm von 1990

Im Mittelpunkt des PDS-Parteitages im Februar 1990 standen die bevorstehenden ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR, die am 18. März 1990 stattfanden. Dazu beschloss der Parteitag neben Programm und Statut ein Wahlprogramm. Gregor Gysi widmete einen großen Teil seiner Parteitagsrede grundsätzlichen programmatischen Fragen. Der diesem Parteitag vorliegende Programmentwurf stützte sich vor allem auf Ausarbeitungen von Arbeitsgruppen unter Leitung der Sozialwissenschaftler Dieter Klein und Rolf Reißig. Auch Stellungnahmen von Plattformen flossen in diesen Entwurf ein.¹ Die PDS-Führung stand unter erheblichem Druck, schnell eine neue programmatische Grundlage für eine Partei zu verabschieden, die sich von der ehemaligen Staatspartei der DDR deutlich abgrenzte und den neuen Bedingungen Rechnung tragen sollte. Insofern galt es, die Prämissen festzuschreiben, die schon auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 eine entscheidende Rolle gespielt hatten.

Bei der historischen Beurteilung des im Februar 1990 angenommenen Programms sind vor allem zwei Tatsachen zu beachten: Erstens wurde das Programm von „SED-Reformern“ in einer Situation geschrieben, in der die Doktrin der SED und ihre Praxis in der DDR auf das Tiefste diskreditiert waren. Die konservativen, rückwärtsgewandten Kräfte innerhalb der gerade umbenannten Partei wagten es in dieser Situation nicht, sich gegen die für SED-Mitglieder ungewohnten theoretischen und politischen Prämissen des Programms zu stellen. Man kann deshalb nicht davon ausgehen, dass die aufgeschriebenen Grundaussagen tatsächlich schon Allgemeingut der damaligen Mitgliedschaft waren. Zweitens wurde das Programm noch unter DDR-Bedingungen ausgearbeitet und beschlossen. Zwar war klar, dass die Einheit Deutschlands durch den Druck der Volksmassen kommen würde, aber wann und unter welchen Bedingungen, war noch nicht genau abzusehen.

1 Siehe Klaus Höpcke: Bericht der Programmkommission, in: Wahlparteitag der PDS, 24./25. Februar 1990, Berlin 1990, S.79.

In den wichtigsten programmatischen Fragen wurde eine Neubestimmung vorgenommen. Das betraf in erster Linie den Parteicharakter. Die PDS charakterisierte sich nicht mehr als Klassen-, Vorhut- oder Weltanschauungspartei. Die gesellschaftspolitischen Weg- und Zielvorstellungen wurden neu bestimmt. Sozialismus wurde in Abgrenzung von der SED und vom Stalinismus als „demokratischer Sozialismus“ definiert. Die Partei trug seit Kurzem den Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“.² Auch hier konnte die Richtungsänderung nicht grundlegender sein, denn dieser Begriff war noch wenige Monate zuvor ein Hauptangriffsziel der SED in der ideologischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie gewesen. Einen tiefen Einschnitt bildete das Bekenntnis zur Marktwirtschaft, zu der die DDR mit ihrer sozialistischen Planwirtschaft doch der überzeugende Gegenpol hatte sein sollen. Schließlich bekannte sich die PDS mit diesem Programm zur Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung.

Ausgangspunkt des Programms war die Einschätzung, dass sich die Welt im Umbruch und in der Neubestimmung von Werten und Wegen befindet. Ausgehend davon wurde „eine neue Art von Fortschritt zur Bewältigung globaler Probleme“ gefordert. Es ginge um eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung statt rücksichtsloser Jagd nach dem technisch Machbaren, um eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, um vorausschauendes Wachstum statt nachträglicher Reparatur blindlings verursachter Schäden und um die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung.³ Diese Positionen knüpften einerseits an Auffassungen an, die in den 80er-Jahren verschiedene ökologische und friedenspolitische bzw. Dritte-Welt-Bewegungen der alten Bundesrepublik (oder auch innerhalb der Partei der Grünen) vertraten. Andererseits gab es ein solches Gedankengut auch innerhalb der intellektuellen Parteilite der SED und hatte nicht zuletzt in dem gemeinsamen Dokument von SED und SPD (Dialogpapier) 1987 seinen Niederschlag gefunden. Dieses Herangehen fand seine Ausprägung auch in den folgenden Programmen der PDS und war vergleichsweise wenig umstritten.

Im Unterschied dazu waren die Neubestimmung des Sozialismusbegriffs und die „Vergangenheitsbewältigung“ von langwierigen und kontroversen

2 Die Partei hieß seit dem Parteitag im Dezember 1989 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus, seit Februar 1990 nur noch Partei des Demokratischen Sozialismus.

3 Siehe Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS, 25.2.1990, in: Wahlparteitag 1990, S.88.

sen Debatten gekennzeichnet. Diese entfalteten sich voll erst nach Verabschiedung des Programms und wurden auch immer wieder aufs Neue geführt. Im ersten PDS-Programm hieß es, dass durch den administrativ-zentralistischen Sozialismus eine der größten Ideen der Menschheitsgeschichte, die Idee des Sozialismus, in den Schmutz gezogen worden sei. Der Begriff des Sozialismus sei diskreditiert. Die sozialistische Ursprungsidee habe aber nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Diese Diktion – Distanzierung vom „administrativ-zentralistischen Sozialismus“, wie er in der DDR vorherrschte, und das gleichzeitige Festhalten am Sozialismus als Menschheitsideal und Ziel politischen Handelns – entsprach dem Denken vieler Mitglieder der Partei.

Eine klare Abgrenzung zum in der SED üblichen Geschichtsdeterminismus nahm Gregor Gysi vor: „Demokratischer Sozialismus bedeutet nicht, den Gesamtentwurf einer neuen Gesellschaft zu zeichnen und für dieses Modell die politischen Kräfte zu mobilisieren. Demokratischer Sozialismus bedeutet heute vor allem politische Bewegung für den Fortschritt, konstruktiv-alternative Politikfähigkeit auf allen Gebieten unter Beweis zu stellen.“⁴ Diese Position wird im Programmentwurf der Partei DIE LINKE von 2010 nicht mehr vertreten. Im Gegenteil: Es enthält ein ganzes Kapitel mit der Überschrift: „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“.

Im Programm von 1990 wurde als Konsequenz aus der neuen Sicht ein gesondertes Kapitel „Unsere Werte“ formuliert. Die Auseinandersetzung darum, was zu Beginn eines Parteiprogramms zu stehen habe – Werte oder die Kapitalismusanalyse (aus der sich Handeln und Ziele der Partei ableiteten) –, sollte sich erst in der Debatte um das nächste Parteiprogramm entfalten. Im Programmentwurf der Linkspartei von 2010 gibt es kein Wertekapitel mehr.

Klar distanzierte sich die PDS in ihrem ersten Programm von einer Weltanschauungspartei: „Die Mitgliedschaft in der Partei ist aber nicht an ein weltanschauliches Bekenntnis gebunden. Die Partei gewinnt ihre Einheit aus der Gemeinsamkeit der politischen Ziele ihrer Mitglieder und dem toleranten Umgang untereinander. Die Formulierung ihrer Ziele schließt den Wettstreit der Ideen der Mitglieder, Plattformen und innerparteilichen Strömungen ein.“⁵

Unter dem unmittelbaren Eindruck der gescheiterten Planwirtschaft legte die PDS im ersten Parteiprogramm ihr wohl klarstes Bekenntnis zur

4 Ebenda, S.31.

5 Ebenda, S.90.

Marktwirtschaft ab: „Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt für eine Marktwirtschaft ein, weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht. Insofern ist sie das entscheidende Mittel, um hohe Leistungen zu stimulieren und auf effektive Weise Bedürfnisse der Produzenten und Konsumenten zu befriedigen und den wachsenden sozialen Ansprüchen zu genügen.“⁶ Eine am Gemeinwohl und am Wohl jedes Einzelnen orientierte Marktwirtschaft sei kein Widerspruch zu sozialistischen Wertvorstellungen. Deutlich hieß es zugleich, dass eine solche Marktwirtschaft mit einer sozialen und ökologischen Zielsetzung verbunden sein müsse. Ergänzt werden müsse die Marktwirtschaft durch eine strategische Wirtschaftssteuerung des Staates, wobei der Gesamtprozess der demokratischen Kontrolle der Öffentlichkeit zu unterliegen habe.

Dass sich die PDS für eine Marktwirtschaft aussprach, war angesichts des Dilemmas der sozialistischen Planwirtschaft verständlich. Wesentlich schwieriger war es, die Frage nach dem gesellschaftlichen Eigentum neu zu beantworten, obwohl beides eng zusammenhängt. Die Eigentumsfrage galt seit Marx und Lenin als die Grundfrage der Bewegung. Die Marktwirtschaft, so hieß es, müsse auch dem gesellschaftlichen Eigentum einen gewichtigen Platz einräumen. Das gesellschaftliche Eigentum sollte neben anderen Eigentumsformen an den Produktionsmitteln gleiche Wettbewerbschancen erhalten. Hier war schon die Auffassung von der Vielfalt der Eigentumsformen angelegt, die später breiter ausgearbeitet wurde.

Nach dem Programm ist vor dem Programm

Nach den Bundestagswahlen Anfang Dezember 1990 begann im Sommer 1991 die offizielle Debatte um ein neues Parteiprogramm. Bis Ende des Jahres 1992 wurden intensive programmatische und oftmals sehr kontroverse Diskussionen geführt. Diese Debatten erfassten nicht nur einen kleinen Kreis von Parte intelektuellen, an ihnen beteiligte sich die breite Mitgliedschaft. Es gab verschiedene Entwürfe der Grundsatzkommission, diverse Gegenentwürfe, Standpunkt-papiere, Programmkonferenzen und viele Auseinandersetzungen in den Basisorganisationen der Partei. Neu war, dass sich verschiedene Richtungen artikulierten.

Die Pole waren schnell klar: Auf der einen Seite gab es die radikal-reformerischen Kräfte, die untereinander unterschiedliche Positionen zu

⁶ Ebenda, S.93.

Detailfragen vertraten, auf der anderen Seite die Anhänger der Kommunistischen Plattform. Dazwischen stand eine mehr oder weniger verunsicherte Parteibasis, die zwar deutlich spürte, dass Neuerungen nötig waren. Sie wurde nun aber mit neuen Sichtweisen und Begriffen konfrontiert, die nicht ins gewohnte Denkschema passten. Da war von der „Moderne“, von „Zivilgesellschaft“, vom „modernen Kapitalismus“, von „Kapitaldominanz“ oder von „Transformation“ in den Thesen der Grundsatzkommission die Rede. Eine klare Bestimmung des sozialistischen Ziels fehlte hingegen. So kam es in der Mitgliedschaft zu Irritationen, zumal sich durch die nunmehr aufkommenden Massenentlassungen schnell gerade die sozialen Probleme entfalteten. Die Verunsicherung war groß, einseitige nostalgische Erinnerungen an die DDR nahmen zu. In der Mitgliedschaft war ein emotionaler Antikapitalismus tief verwurzelt. Für Differenzierungen und Zwischentöne gab es angesichts dieser Situation oftmals kein Verständnis.⁷

Formell wurde die neue Programmdiskussion durch Thesen der Grundsatzkommission beim Parteivorstand eingeleitet. In diesen wurde noch einmal die Abgrenzung vom Realsozialismus deutlich formuliert, ebenso von der Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln in der Hand eines bürokratischen Staates, der Eigentümerverhalten und Eigeninitiative der Werktätigen behindert und schließlich erstickt habe.⁸ Der Sozialismus habe es nicht nur nicht vermocht, die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise wirklich zu lösen, er habe sogar den Rückstand bei der Entwicklung der Produktivkräfte vergrößert.

Auf dieser Linie bewegte sich der Programmentwurf der Grundsatzkommission, dem sich der Parteivorstand anschloss. Neben anderen Programmentwürfen⁹ bildete vor allem der Entwurf der beiden Mitglieder der Kommunistischen Plattform, Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin, den Gegenpol. Hier wurde das Grundverständnis vom Sozialismus aus der DDR-Zeit in wesentlichen Punkten weitergeführt. Wagenknecht und Benjamin formulierten in alter Weise, dass der Sozialismus kein blo-

7 Siehe Horst Dietzel/Bernd Ihme: Auseinandersetzungen um die Programmatik der PDS, in: Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995, S.102f.

8 Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS. Neu beginnen... Thesen zur Programmdiskussion, Berlin o. J., S.5.

9 Es gab einen Entwurf von Jochen Gläser und Bernd Rump. Darüber hinaus legten Friedrich Plathe aus Halle, die Basisorganisation Charlottenburg und Udo Haupt aus Döbeln einen Programmentwurf vor. Siehe Disput, 1993, H. 1.

bes Ideal sei, sondern „Ausdruck, Erfordernis und Ergebnis der Geschichte [...] Nicht die Rückstufung des Sozialismus zur abstrakten Utopie, sondern seine Realisierung als Existenzbedingung einer menschenwürdigen Welt und der Weltzivilisation überhaupt steht auf der Tagesordnung.“¹⁰ Bei der Einschätzung des degenerierten Sozialismus wurde die Politik der friedlichen Koexistenz als Politik der Zugeständnisse an die Interessen des Weltkapitalismus bezeichnet. Die früher gängige Formulierung von der „Errichtung“ des Sozialismus wurde nur geringfügig in „Einrichtung“ des Sozialismus modifiziert, im Grunde aber beibehalten. Schließlich wurde in diesem Entwurf auch der Vielfalt der Motive für das Engagement fortschrittlicher Kräfte eine Absage erteilt und in alter Weise behauptet, dass das Subjekt des geschichtlichen Fortschritts unserer Epoche nach wie vor durch den Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit bestimmt werde, also allein mit der Arbeiterklasse gegeben sei.¹¹

Dieser Alternativentwurf fiel in der programmatischen Debatte nur beschränkt auf fruchtbaren Boden. Schließlich wurde ein Programm verabschiedet, das – wie schon das erste Programm der PDS – deutlich mit traditionellen Glaubensbekenntnissen und altem Sozialismus- und Parteiverständnis brach.

In diese Zeit fiel auch die Auseinandersetzung über einen Artikel von Sahra Wagenknecht in den „Weißenseer Blättern“ (H. 4/1992) mit dem Titel „Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute“. Dazu fasste der Parteivorstand am 30. November 1992 einen Beschluss: In den dort bezogenen Positionen sah der Parteivorstand „eine positive Haltung zum Stalinismusmodell“.¹² Sahra Wagenknecht wurde von der Funktion der Verantwortlichen für die Organisation und Auswertung der Programmdiskussion in der PDS entbunden.

Das zweite Programm der PDS

Das neue Programm wurde mit einer übergroßen Mehrheit, bei nur wenigen Gegenstimmen aus der Kommunistischen Plattform, in einer namentlichen Abstimmung im Januar 1993 auf der 1. Tagung des 3. Partei-

10 Alternativentwurf von Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), in: PDS-spezial, Beilage zur Programmdebatte, Nr.1, 9.6.1992, S.4.

11 Siehe ebenda, S.3.

12 Siehe PDS-Pressedienst, 4.12.1992, S.2.

tages verabschiedet. Grundlage bildete der Entwurf der Grundsatzkommission.

Das erste Kapitel „Die gegenwärtige Welt“ war schon in der Programmdebatte relativ unstrittig. Im Mittelpunkt standen die globalen Menschheitsprobleme: „Die Dominanz des Profitprinzips, die soziale Ungerechtigkeit, die Einschränkung von Menschenrechten und Lebenschancen sowie die Ausgrenzung von Betroffenen aus der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse stehen einer Lösung der Menschheitsprobleme entgegen.“¹³ Zugespitzt wurden die Hauptursachen für die globalen Probleme in der kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie in der Herrschaft des Patriarchats gesehen. Das übergreifende soziale Problem unseres Erdballs sei die bürokratisierte Konkurrenz- und Konsumgesellschaft. Radikale Kritik wurde auch an anderer Stelle an der herrschenden Konsum- und Lebensweise geübt. Hier blieb in der Programmatik der PDS immer ein Widerspruch zu anderen konkreten Forderungen enthalten, so der nach einer undifferenzierten Ausweitung der Nachfrage und Konsumtion.

Betont wurde – wie schon in Dokumenten zuvor –, die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur müsse demokratisch überwunden werden. Dabei seien „ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen“.¹⁴

Im Vergleich zum ersten Kapitel war der zweite Abschnitt – „Das Scheitern des sozialistischen Versuchs“ – wesentlich umstrittener, ging es hier doch neben der neuen theoretischen Sicht auf die DDR auch um die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung der persönlichen Lebensleistung vieler Parteimitglieder. Die Debatten drehten sich vor allem darum, wie deutlich und scharf die Absage an den Realsozialismus und die DDR formuliert werden sollte.

Vor diesem Hintergrund wurde zunächst betont, dass sich nach 1945 Millionen Menschen für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes eingesetzt hatten. „Das bedarf keiner Entschuldigung.“ Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands wurden verteidigt. Neben wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit habe es aber auch „Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen“ gegeben. „Bis zur Unkenntlichkeit

13 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, Berlin o. J., S.2.

14 Ebenda, S.3.

entstellt wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus.¹⁵ Gefordert wurden „neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus“.¹⁶

Im dritten Kapitel wurde versucht, das neue Sozialismusverständnis zu formulieren. Sozialismus wurde als Ziel, Bewegung und Wertesystem definiert. Im Vorfeld des Programm-Parteitages gab es aus der Mitgliedschaft die Forderung, den Sozialismus klar als Ziel zu formulieren. Dem wurde teilweise entsprochen, indem als das Ziel in Anlehnung an Marx eine Gesellschaft bezeichnet wurde, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Auf eine detaillierte Definition wurde aber verzichtet.

Im Gegensatz zu der Absage an ein altes Sozialismusverständnis wurde im Hinblick auf die Eigentumsfrage keine Einigung erzielt. Um nicht einen Teil der Partei auszugrenzen, wurden unterschiedliche Positionen ins Programm hineinformuliert. Einig war man sich, dass „die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums“ überwunden werden müsse. Auch die Vielfalt der Eigentumsformen wurde einhellig betont. „Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über Eigentum erreichbar ist, oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.“¹⁷ Hier blieb unerwähnt, nach welchen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten eine Wirtschaft, die auf Gemeineigentum beruht, funktionieren soll. Offenbar wollten die Befürworter von Gemeineigentum zurück zu einer zentralen Verteilungs- und Planwirtschaft.

Ein Vorzug des zweiten PDS-Programms lag darin, dass die Positionen der Partei auf den verschiedenen Politikfeldern erstmals umfangreich ausgearbeitet wurden.

In der Wirtschaftspolitik orientierte die Partei auf eine soziale und ökologische Umgestaltung. Dazu sollten das Bankensystem demokratisch kontrolliert und eine „gesellschaftliche Investitionslenkung“ eingeführt, die Kredite für öffentliche und gemeinnützige Aufgaben verbilligt werden. Wie und durch wen das in einem marktwirtschaftlichen System umgesetzt

15 Ebenda, S.5.

16 Ebenda, S.7.

17 Ebenda, S.8.

werden sollte, blieb im Dunkeln. Die schon im ersten Programm der PDS formulierte Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten wurde wiederholt. In der Steuerpolitik wollte man sowohl die hohen Einkommen, vor allem aus Geldvermögen, Grundeigentum und spekulativen Gewinnen, stärker belasten als auch die Kapitalflucht eindämmen. Das öffentliche, insbesondere das kommunale, Eigentum an Grund und Boden sollte gesichert und das genossenschaftliche Eigentum gefördert werden. Um die ökologischen Lebensgrundlagen zu sichern, sollte die „Produktions- und Lebensweise“ grundlegend verändert werden. Dazu sei es notwendig, den Stoff- und Energieverbrauch schnell zu senken, den individuellen Straßenverkehr und den Gütertransport zu vermindern und aus den Innenstädten zu verbannen.

Das neue Parteiverständnis wurde jetzt wie folgt formuliert: „Die PDS versteht sich als Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden.“¹⁸

Für den Pluralismus in der Partei fand man folgende Formulierung: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“¹⁹ Dies sollte bei der späteren Programmdiskussion ab Ende der 90er-Jahre zum Streitpunkt werden, weil die Kräfte um die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum auf dieser Formulierung beharrten, um ihre Existenzberechtigung in der Partei zu sichern.

Die PDS bekannte sich in ihrem zweiten Programm zum Dialog und zur Zusammenarbeit aller Linken. Sie suchte insbesondere die Zusammenarbeit mit Kräften, die um eine Erneuerung sozialistischer Politik rangen. Letztere Auffassung deutete auf eine Abgrenzung von verschiedenen linken Sektierergrüppchen hin, die sich in der und am Rande der PDS positionierten. André Brie betonte auf dem 3. Parteitag noch einmal ausdrücklich, dass nicht die Fähigkeit und Bereitschaft zu fundamentalistischen und verbal-radikalen Formulierungen, sondern die Kultur und das Selbstbewusstsein eines ausdauernden Wirkens für antikapitalistische Veränderungen und sozialistische Ziele darüber entscheiden, ob die PDS eine sozialistische Partei sei und zur realen Überwindung der Profitherr-

18 Ebenda.

19 Ebenda, S.24.

schaft beitrage oder ob sie in einem der vielen Sümpfe von Machtgelüsten, Opportunismus, Systemanpassung, Sektierertum, Selbstisolierung versacken werde.²⁰

Insgesamt folgte dieses Programm einem weltpolitisch-zivilisatorischen Ansatz. Wie bei Parteiprogrammen üblich wurden viele Kompromissformulierungen gefunden. Dennoch beinhaltete dieses Programm eine noch deutlichere Absage an den Realsozialismus als das erste Parteiprogramm, ohne die Lebensleistung vieler Mitglieder und Sympathisanten in Abrede zu stellen. Die Definierung des demokratischen Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem im dritten Kapitel galt nunmehr als einigende Formel. Die Absage an ein überkommenes „marxistisch-leninistisches“ Gesellschafts- und Parteiverständnis wurde gefestigt. Die Positionen auf den verschiedenen Politikfeldern nahmen einen breiten Platz im Programm ein. Es wurden recht radikale Forderungen aufgestellt, ohne nach der Realisierbarkeit zu fragen. Die PDS begriff sich als reine Oppositionspartei, der außerparlamentarische Kampf um gesellschaftliche Veränderungen war für sie entscheidend. Nachgeordnet wurde formuliert, die PDS ringe um parlamentarische Stärke und leiste eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit.

Anlauf für ein neues Parteiprogramm

Ende der 90er-Jahre initiierten Parteivorstandsmitglieder eine neue Programmdebatte. Mehrere Ziele sollten mit einem neuen Parteiprogramm erreicht werden: Es ging darum, die Partei stärker in der Gesellschaft zu verankern und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Die Formelkompromisse aus dem 93er-Programm (Eigentumsfrage, Geschichte, Charakter der Partei u. a.) sollten im Sinne der Reformer²¹ positiv aufgelöst und das Reformprofil der PDS gestärkt werden. Beabsichtigt war, durch ein erkennbares, mit einer inhaltlichen Klammer versehenes Reformprogramm die Konkurrenzposition gegenüber anderen Parteien zu stärken. Auch sollte in die Debatte um ein neues Programm die Mitgliedschaft einbezogen werden. Mit einem modernen und wirklichkeitstauglichen sozialistischen Pro-

20 Siehe André Brie: Zum Entwurf der Grundsatzkommission, in: Disput, 1993, H. 3/4, S.35.

21 Dem Autor ist durchaus bewusst, dass es sich bei den „Reformern“ nicht um eine homogene Gruppe in der Partei handelte. Die Bezeichnung wird hier als Abgrenzung gegenüber dogmatischen Kräften verwandt.

gramm wollte man auf die neuen Herausforderungen reagieren und noch deutlicher aus dem Schatten der SED heraustreten.

Diese Anliegen umzusetzen, erwies sich bald als weitaus schwieriger, als es sich die Initiatoren gedacht hatten. Auf dem Terrain von Programmdebatten engagieren sich stets besonders Ideologen und Theoretiker. Speziell in der PDS war das auch ein Feld für Dogmatiker. Es zeigte sich recht schnell, dass ein akzeptables Programm in einem überschaubaren Zeitraum von ca. zwei Jahren nicht zu verabschieden war. Die innerparteilichen Kräfteverhältnisse hatten sich geändert. Zwar hatte die Kommunistische Plattform weiter an Boden verloren, aber es kamen neue Mitglieder aus dem Westen hinzu, die sich tendenziell in eine ähnliche Richtung aktiv in die Debatte einbrachten. Außerdem hatten auf dem Münsteraner Parteitag von 2000 die Reformer eine herbe Niederlage einstecken müssen, weil dort ein fundamentalistischer Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen wurde. Letztlich beeinflusste die Wahlniederlage im Jahre 2002, bei der die Partei den Wiedereinzug in den Bundestag (sie erhielt nur zwei Direktmandate) verfehlt hatte, deutlich die Programmdebatte. Unter dem Eindruck dieser Wahlniederlage kam es auf dem Geraer Parteitag von 2002 zu einer Revision der bisherigen Linie in Richtung Fundamentalopposition.

In dieser Zeit beschäftigten sich die politischen Akteure mit Strategiedebatten, die sich mit programmatischen Diskussionen vermischten. Neben vielen kritischen Einwänden zum Programmentwurf erhob sich erwartungsgemäß eine Totalkritik vonseiten der Kommunistischen Plattform, des Marxistischen Forums und einiger Westlinker.²² Kritik kam zudem von Nichtmitgliedern der Partei, vor allem aus dem links-intellektuellen Spektrum des Westens. Auch Oskar Lafontaine meldete sich damals zu

22 So Sahra Wagenknecht: „Der Entwurf soll ein deutliches Signal sein, dass die PDS den Kapitalismus nur noch gestalten, verwalten und regulieren, aber nicht mehr überwinden will.“ Oder: „In jedem Fall ist es kein antikapitalistisches Programm mehr, und in jedem Fall wird die PDS damit in hohem Maße verwechselbar mit der SPD.“ (Zit. nach: Die Welt, 28.4.2001) Ellen Brombacher und Sahra Wagenknecht bezeichneten das Programm als Kniefall vor der SPD. Die PDS-Führung wolle mitregieren und brauche dazu ein neues Programm. (Siehe Junge Welt, 30.4./1.5.2001) Die PDS biedere sich der SPD an. Die sozialistische Perspektive werde zu einem Wertesystem verwässert. Der Programmentwurf sei eine Rechtswende. Der Sozialismus werde nicht mehr aus den objektiven Gegebenheiten und Tendenzen der Gegenwart abgeleitet, sondern aus subjektiv gesetzten Werten. Es werde nicht nur das Ziel einer Überwindung kapitalistischer Verhältnisse aufgegeben; selbst dem reformerischen Ringen um soziale Rechte würden inakzeptable Grenzen gesetzt. (Erklärung von Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Thomas Hecker, Jürgen Herold, Heinz Maron und Friedrich Rabe, in: PDS-Pressedienst, Berlin, 2001, Nr. 21, S.13).

Wort: „Wichtiger als die Programmexegese ist es also, sich die praktische Politik der PDS anzusehen. Tut man das, so muss man denjenigen zustimmen, die davor warnen, dass die PDS zu einer neoliberalen Beliebighkeitspartei wird.“²³

Es war klar, dass es Alternativentwürfe zum Programmentwurf, den die damalige Parteivorsitzende Gabi Zimmer vorgelegt hatte, geben würde. Totalkritiker präsentierten einen Gegenprogrammentwurf. Dieser folgte bei der Einschätzung der gegenwärtigen Welt vereinfachten Schwarz-Weiß-Denkmustern. Es wurde einem Sozialismus der Langsamkeit und der Bescheidenheit, des Rückbaus der Produktivkräfte und der Abschaffung des Marktes das Wort geredet. Die konkreten politischen Alternativen waren zum großen Teil völlig illusorisch. Das Politikverständnis der Autorinnen und Autoren verengte sich auf ein Bekenntnis zum politischen Widerstand und verzichtete auf eine Gestaltungsoption.²⁴ Dieter Klein schrieb, der Maßstab des Gegenentwurfs von Winfried Wolf und anderen sei „brutalstmögliche Totalkritik der gesamten gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft, berechtigte Kritik nicht allein an der Kapitalverwertung und den aus ihr folgenden Übeln und Verbrechen, sondern totale Kritik an ausnahmslos allen Seiten der Bundesrepublik“.²⁵

Die langwierigen Debatten um ein neues Parteiprogramm der PDS zeigten, dass es vorrangig – wie schon beim Programm von 1993 – nicht eine Auseinandersetzung um konkrete politische Alternativen war, sondern ein ideologischer Streit. In dieser Hinsicht gab es kaum Fortschritte gegenüber den Diskussionen, die zehn Jahre zuvor stattgefunden hatten.

Das Programm von 2003

Aufgrund der heftigen Kontroversen konnte das neue Programm nicht auf dem Dresdner Parteitag im Oktober 2002 beschlossen werden. Hier wurde nur ein Beschluss zur Strategie und Programmatik der PDS bis 2003 verabschiedet, der bestimmte Passagen des alten von 1993 und des neuen Programms enthielt.²⁶ Es gelang den fundamentalistisch-antikapitalistischen Kräften aber nicht, die Verabschiedung eines neuen Par-

23 Märkische Allgemeine Zeitung, 22.5.2001.

24 Siehe Entwurf eines Programms der PDS – vorgelegt von Monika Balzer, Dorothee Menzner, Ekkehard Lieberam, Winfried Wolf, in: Beiträge und Informationen zur Programmdebatte – Information des Bundesgeschäftsführers, 2001, Nr. 3, S.77-108.

25 Dieter Klein: Zeitgemäße sozialistische Programmatik, in: Neues Deutschland, 15.6.2001.

26 Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!, in: Disput, 2001, H. 10, S.40-45.

teiprogramms zu verhindern. Der Chemnitzer Parteitag nahm es im Oktober 2003 mit großer Mehrheit an.

Die im alten Programm enthaltene Definition vom Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem wurde übernommen. Es blieb ebenfalls bei der Ablehnung eines abstrakten Geschichtsfahrplans. Die im Vorfeld umstrittenen „Freiheitsgüter“ waren nunmehr verankert: „Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind die grundlegenden Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte.“²⁷ Über die Grundwerte hieß es jetzt: „Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.“²⁸ Mit dieser klaren Aussage zur Freiheit, die in der Programmdebatte oftmals in Zweifel gezogen worden war, hatten sich die Mehrheit des Vorstands und andere Reformkräfte durchgesetzt. Die Vorsitzende der Programmkommission, Gabi Zimmer, betonte in Auseinandersetzung mit den Vorwürfen der vermeintlichen Anbiederei an den Neoliberalismus, der Sozialismus sei im Gegensatz zum Neoliberalismus „die persönliche Freiheit aller, wirklich aller – auch des am meisten ausgegrenzten Menschen [...] Gerade diese im Programmwurf vorgenommene Verschränkung individueller Freiheitsrechte mit sozialen Grundrechten ist ein entscheidender Vorzug gegenüber dem bisherigen Programm und gegenüber den Praktiken der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts.“²⁹

Es gab aber auch neue Formelkompromisse bei einigen Grundfragen, so beim Eigentum und bei der Wirtschaft. Dennoch wurde festgehalten, dass unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seien. Anschließend wurde folgende Einschränkung vorgenommen: „Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen

27 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26.10.2003 in Chemnitz, o.O. o.J., S.3.

28 Ebenda.

29 Ein Parteiprogramm ist nicht alles, aber dennoch entscheidend. Bericht der Programmkommission – Gabi Zimmer, Vorsitzende der Programmkommission, in: *Disput/Pressedienst*, November 2003, S.22.

beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil.³⁰ Die Unentschiedenheit in der Eigentumsfrage des 93er-Programms wurde aufgehoben. Im neuen Programmtext wurde die Bedeutung der Eigentumsstrukturen für die Machtverhältnisse einer Gesellschaft betont. Zugleich sagte das Programm eindeutig aus, dass die Alternative zum kapitalistischen Eigentum nicht im allumfassenden Staatseigentum liege. Entscheidend sei die reale Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielten. Ziemlich offen und unverbindlich hieß es, dass jene Eigentumsformen gefördert werden sollten, die es „am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen“. Die PDS wandte sich im Programm gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des Wissens. Dieser Prozess sollte dort gestoppt und schrittweise rückgängig gemacht werden, „wo dies dem Allgemeinwohl entspricht“. Die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds sollte schrittweise sozialen Kriterien unterworfen werden. Mehrfach wurden die Bewahrung und Ausweitung des öffentlichen Eigentums sowie die Abschwächung der Vorherrschaft der Kapitalinteressen beschworen. Zugleich hieß es: „Wir unterstützen den Übergang staatlicher Eigentumstitel in die Verfügung anderer Träger, wenn diese wirtschaftlich effizient und auf sozial und ökologisch orientierte Weise zusammenwirken und die Verfügungsmacht im Interesse des Allgemeinwohls gestärkt wird. Das setzt staatlich geplante Rahmenbedingungen voraus.“³¹ Zusammenfassend kann man feststellen, dass alte, miteinander unvereinbare Auffassungen, die noch im 93-er Programm enthalten waren, durch neue Formelkompromisse ersetzt wurden.

Die Reformangebote der PDS und die Aussagen zu den einzelnen Politikfeldern waren im Vergleich zum alten Programm weitaus umfangreicher ausgeführt. Die Grundpositionen wurden beibehalten, Aktualisierungen und Präzisierungen vorgenommen. Die Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft stand an der Spitze der Politikangebote und wurde als die entscheidende Frage jeder Reformalternative bezeichnet. Die PDS stellte klar, dass die individuellen und kollektiven politischen Grundrechte, parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie die

30 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus 2003, S.3.

31 Ebenda, S.4.

kommunale Selbstverwaltung unverzichtbare Errungenschaften zurückliegender Kämpfe um die Gleichberechtigung aller sind.

In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ergaben sich viele Gemeinsamkeiten mit Positionen der Gewerkschaften. Gefordert wurden die Stärkung des Binnenmarktes, öffentliche Investitionen, umweltgerechte Technologieförderung, Steuergerechtigkeit und die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Die Idee eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) war wieder aufgegriffen worden. Die PDS unterstützte das System der Flächentarifverträge und Forderungen nach Einführung eines Mindestlohnes. Als zentrales Element für die Perspektive der sozialen Sicherungssysteme sah sie die bedarfsorientierte Grundversicherung als Bürgerrecht.

In der Friedenspolitik wurde gegen erheblichen Widerstand eine Stärkung der UNO, einschließlich der Anerkennung ihrer Instrumente bei Krisen und Konfliktherden, beschlossen. Obwohl nun eine Einzelfallprüfung und gegebenenfalls Militäreinsätze nach Kapitel VII der UN-Charta anerkannt wurden, sollten deutsche Bundeswehreinheiten davon ausgeschlossen bleiben. Hier gab es freilich einen Widerspruch: Eine UN-Entscheidung an sich galt als begründet, aber genau für den selbst mitzubestimmenden nationalen Rahmen dann nicht.

Im abschließenden Kapitel IV des Programms „Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS“ wurde – ähnlich wie im Programm von 1993 – Kritik an der DDR und der SED geübt. Einerseits grenzte sich die Partei von einer „Totalkritik“ ab. Sie betonte, dass der Wille zur Überwindung des faschistischen Erbes und das Eintreten für eine bessere Gesellschaftsordnung keiner Entschuldigung bedürfen. Zur Geschichte der DDR gehörten auch wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliebendes Gemeinwesen auf deutschem Boden. Andererseits unterstrich das Programm, dass die SED weder bereit noch fähig gewesen war, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Auf den im alten Programm noch enthaltenen positiven Bezug zur Oktoberrevolution wurde verzichtet.

Nicht mehr im Programmtext enthalten war auch das Primat des außerparlamentarischen Kampfes. Die PDS sah sich aber nach wie vor an der Seite sozialer Bewegungen gegen die weitere Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Das wichtigste Ziel sei es, „unseren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und

Europa zu leisten“.³² Ein Mitte-Links-Bündnis wurde demgegenüber nur als langfristiges Ziel formuliert. Betont wurde aber: „Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus.“³³ Die PDS betrachtete sich nach wie vor als eine pluralistische Partei.

Neu und wichtig war das Bekenntnis zu Regierungsbeteiligungen: „Als politische Partei ringt die PDS um parlamentarische Stärke“, hieß es. „Wir streiten darum, wie wir unser Profil als sozialistische Partei entwickeln, Ansätze für soziale und demokratische Alternativen durchsetzen und in parlamentarischer Opposition wie bei Regierungsbeteiligungen politische Verantwortung übernehmen können. Wir wollen eine demokratische Politik von Bürgerinnen und Bürgern und für sie mitgestalten und beweisen, dass reale Veränderungen hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit möglich sind.“³⁴

Trotz der Widersprüche und Formelkompromisse war das neue Programm von 2003 ein qualitativer Fortschritt gegenüber dem alten von 1993. Die Kompromisse waren dem Bemühen geschuldet, eine möglichst große Zustimmung zu erhalten und damit die integrative Kraft eines Parteiprogramms zu gewinnen. Dies war dem Parteivorstand unter schwierigen Bedingungen gelungen, ohne zentrale Aussagen zum Reformverständnis der Partei aufzugeben. In einer Zeit, in der die PDS eine schwere Wahlniederlage zu verkraften hatte, war das nicht zu unterschätzen. Zugleich zeigte sich deutlich, dass Grundsatzdebatten in der PDS nur einen begrenzten Gewinn im Hinblick auf die Ausarbeitung konkreter politischer Alternativen brachten.

Eine neue Programmatik für ein neues Parteiprojekt

Als ein neues linkes Parteiprojekt von Linkspartei.PDS und WASG angestrebt wurde, begann auch eine neue programmatische Diskussion. Impulse gingen von der neuen, schon gemeinsamen Bundestagsfraktion aus. Führende Vertreter beider Parteien bzw. der Bundestagsfraktion verfassten einen Aufruf zur Gründung einer neuen Linkspartei. In dem relativ kurzen und griffigen Text verstanden dessen Autorinnen und Autoren die neue linke Partei als eine „Sammlungsbewegung von Menschen unter-

32 Ebenda, S.21.

33 Ebenda, S.20.

34 Ebenda, S.21.

schiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft“.³⁵

Für die weitere programmatische Debatte waren die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Linkspartei und der WASG vorgelegten „Programmatischen Eckpunkte“ gedacht. Nach mehreren Zwischenfassungen wurde ein Text von beiden Parteivorständen am 10. Dezember 2006 verabschiedet. In den „Eckpunkten“ wurde der Wille bekräftigt, Grundideen alternativer Politik zusammenzuführen. Nachdem es intensive Debatten darum gegeben hatte, wieweit der demokratische Sozialismus in der Intention des PDS-Programms von 2003 Bestandteil der „Eckpunkte“ sein soll oder nicht, setzte sich die Linkspartei in diesem Punkt durch: „Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar. DIE LINKE leitet ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab.“³⁶

Eine wichtige Verschiebung gab es in der Eigentumsfrage. Da koexistierten drei verschiedene Aussagen: Zunächst wurde gefordert, im Rahmen einer Demokratisierung der Wirtschaft die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Es müsse vor allem die „profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen“ durch „breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo dies dem Allgemeinwohl widerspricht“. Anschließend wurde noch relativ offen formuliert: „Wir (wollen) klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.“ Dann aber hieß es an die Adresse aller Linken, sie sollten konkrete Vorschläge erarbeiten, „wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der

35 Dieser Aufruf wurde von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende, Klaus Ernst und Felicitas Weck, den Geschäftsführenden Bundesvorständen der WASG, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, am 2. Juni 2006 in Berlin vorgestellt.

36 Programmatische Eckpunkte. Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei DIE LINKE. Beschluss der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG auf ihrer gemeinsamen Beratung am 10. Dezember 2006, in: Pressedienst, 2006, H. 50, 15.12.2006, S.1. Bezogen auf den Kampf der WASG gegen Abbau sozialer Rechte usw. hieß es: „Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.“ Ebenda.

Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen“.³⁷ Die PDS hatte in den drei Programmen zuvor aus den negativen Erfahrungen der DDR gespeist und gegen den Widerstand der Kommunistischen Plattform wie des Marxistischen Forums immer vermieden, von einer Verstaatlichung der Schlüsselbereiche (in welcher Form auch immer) zu sprechen. Nun aber waren die Vorstellungen westdeutscher Linker aus den 70er-Jahren in einen konkreten Auftrag eines programmatischen Dokuments der Linken gemündet.

Problemloser hielt man jetzt Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich für möglich. In der Wirtschaftspolitik wurden wiederum öffentliche Beschäftigungsprogramme als ein Schwerpunkt formuliert. Jetzt wurde außerdem eine konkrete Summe von mindestens 40 Milliarden Euro genannt, um die die Investitionen erhöht werden müssten. Auf welchen Zeitraum sich diese Summe bezieht, blieb offen. Eine Million tariflich bezahlter Arbeitsplätze sollten so entstehen. Für die Finanzierung dieser Maßnahmen wie auch anderer sozialer Forderungen sahen die Autorinnen und Autoren keine Probleme. Die Mittel seien durch deutlich höhere Steuern für Konzerne und andere profitable Unternehmen, Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuer, Schließen der Steuerschlupflöcher u. a. gegeben. Auch die Länder und Kommunen sollten mehr Geld erhalten. Außerdem könne durch höhere Einnahmen die Verschuldung sozial abgebaut werden.

Hatten die PDS-Programme immer schon ein gewisses Defizit in der Finanzierungsfrage eigener, weitergehender Reformvorstellungen, so wurde diese Tendenz jetzt noch deutlich verstärkt. Auch zeigte sich hier ein rein nationalstaatliches Denken. Probleme der Globalisierung oder auch nur der Internationalisierung innerhalb der EU gab es aus einer solchen Sicht nicht.

Wie schon das Chemnitzer Programm der PDS enthielten die „Eckpunkte“ eine Passage über gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln, das wichtig für Innovationen und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei. Dieses führe jedoch zur „Zerstörung der Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen“ werde, hieß es. Die Linke strebe eine „neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an, weil ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht

37 Ebenda, S.1f.

und sozialstaatliche Regulierung private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen“.³⁸ Worin das Neue dieser Rahmensetzung bestehen soll, wurde nicht mitgeteilt. Wirtschaftliche und soziale Probleme wurden ausschließlich dem Neoliberalismus angelastet.

In den Aussagen über die Sozialpolitik blieb der Grundgedanke einer bedarfsorientierten und (das war neu) „repressionsfreien“ sozialen Grundversicherung erhalten. Der Begriff „repressionsfrei“ wurde jedoch nicht definiert. Weitere Schwerpunkte waren: die Überwindung der Hartz-Gesetze, die Demokratisierung sozialer Sicherungssysteme, die stärkere Orientierung am Individualprinzip im Steuer- und Sozialrecht, solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik bewegten sich die „Eckpunkte“ im Wesentlichen auf der Linie des Chemnitzer Programms mit den dort enthaltenen Widersprüchlichkeiten. Klar hieß es, dass die Bundeswehr nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden dürfe. Bestritten wurde, dass Militäreinsätze der UN nach Kapitel VII unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen wesentlich zur Wiederherstellung des Friedens beitragen könnten. Im Umkehrschluss hieß das aber auch, dass man nahezu keine Möglichkeit sah, durch UN-Einsätze Völkermord zu verhindern oder zu beenden. Das war eine folgenschwere Aussage, die in PDS-Programmen so nicht getroffen worden war.

Neu gegenüber dem Chemnitzer Programm der PDS war das Ziel, ein „Bündnis gegen den Neoliberalismus“ zu formen. Es sollte eine breite politische Sammlungsbewegung für einen Richtungswechsel formiert werden. Hier – wie auch in anderen Formulierungen – wurde deutlich, dass sich die neue Partei stark als eine anti-neoliberale Kraft begreifen sollte. Der Begriff „Neoliberalismus“ wurde zum zentralen Kampfbegriff, um den sich alles drehte.

Für Regierungsbeteiligungen waren nunmehr die Hürden höher gelegt. Sie seien ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, „wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind und wenn DIE LINKE sich mit alternativen Projekten öffentlich erkennbar profiliert“. Es müsse eine Veränderung des Kräfteverhältnisses nach links und die Einleitung eines Politikwechsels erfolgen. Darüber hinaus hieß es: „DIE LINKE wird in Regierungen dafür eintreten, die öffentliche Daseinsvorsorge gegen Privatisierungsstrategien zu bewahren, öffentliche

38 Siehe ebenda, S.5.

Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch Personalabbau zu verschlechtern und Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern.“³⁹

In einer Nachbemerkung formulierten die Autorinnen und Autoren Fragen und Probleme, zu denen es noch keine einhelligen oder schlüssigen Antworten gab. Dazu zählten die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Wirtschaft und die Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien. Es ging um das Verhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement, Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internationalen Institutionen. War das Ziel der Vollbeschäftigung noch realistisch? Inwieweit war der Prozess der Globalisierung demokratisch und sozial gestaltbar? Welche Möglichkeiten nationalstaatlicher Politik gibt es heute? Mit welchen realen Widersprüchen und Konflikten würde man beim Erhalt und Ausbau öffentlichen Eigentums künftig konfrontiert werden? Könnten internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer friedlichen Entwicklung führen?⁴⁰ Wie ist das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit zu gestalten? Die meisten Fragen offenbarten, dass die im Text genannten Ziele und Forderungen in der „Nachbemerkung“ wieder als offene Probleme formuliert wurden.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die übergroße Mehrheit der in den „Eckpunkten“ formulierten Positionen durchaus mit den Aussagen des Chemnitzer Programms der PDS vereinbar war. Daneben gab es eine zweite Tendenz: Die PDS war programmatisch auf wichtigen Politikfeldern auf dem Wege zu mehr Realismus. Mit dem Parteibildungsprozess entwickelten sich die programmatischen Positionen auf wichtigen Teilgebieten in eine neue Richtung.

Zum 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Eine Stellungnahme

Im März 2010 veröffentlichte die Programmkommission einen ersten Entwurf. Obwohl es zunächst zwei Entwürfe gab, wurde nur ein Entwurf für die Debatte unterbreitet. Die in den „Eckpunkten“ aufgeworfenen Diskussionspunkte wurden nicht weiter verfolgt oder gekennzeichnet. Offenbar schätzte die Mehrheit der Parteispitze die Gefahr eines Auseinanderdriftens der Partei durch eine offener angelegte Programmdebatte

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Siehe Gerry Woop: Fragt die Ansichten: Wem nützt ihr?, in: Freitag, Nr. 49, 8.12.2006.

als zu groß ein. Es wurde daher Wert darauf gelegt, nicht Thesen oder andere offene Formen zur Diskussion zu stellen.

Der Programmentwurf markiert eine tiefe Zäsur in der längeren Programmgeschichte der PDS wie auch gegenüber dem Gründungsprogramm der WASG. Bewegte sich die PDS von einer weltanschaulichen Prämisse, einem „kommunistischen Denken“, weg, ist jetzt eine Umkehrung zu bemerken. Die WASG konzentrierte sich ohnehin auf konkrete Politik.

Die Richtungsänderung zeigt sich schon an der Gliederung. Überschrift und Inhalt des zweiten Kapitels sind nicht mehr eine Analyse der gegenwärtigen Welt. Der Titel lautet vielmehr: „Die Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“. Zivilisationsfragen wie die Ökologiefrage werden ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Kapitalismus gesehen. Die Ökologiefrage wird zur „Systemfrage“ verkürzt.⁴¹ Das dritte Kapitel ist überschrieben: „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“. In ihm geht es nicht vorrangig um Werte und Wege zu einer neuen Gesellschaft, sondern um deren Definition und einen „Systemwechsel“. „Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“⁴² Nun ist wiederum von den Grenzen des Kapitalismus und vom „Aufbau“ des Sozialismus die Rede. Es sollen nicht in erster Linie zunächst die gegenwärtigen Verhältnisse verbessert werden. Erst wenn der Sozialismus aufgebaut ist, seien die Menschheitsprobleme lösbar.

Der Begriff „Kapitalismus“ wird ökonomistisch und undifferenziert verwendet. Eine Differenzierung zwischen einem Produktionsverhältnis und den konkreten Ausformungen einer Gesellschaft (Sozialstaat oder nicht, Demokratie oder Diktatur, Schweden oder USA) nehmen die Autorinnen und Autoren nicht vor. Die reale Lebenswirklichkeit der Bevölkerung in verschiedenen Ländern und Regionen, die sehr unterschiedlich ist, wird ausgeblendet. Aufgrund der undifferenzierten antikapitalistischen Sichtweise enthält vor allem die Präambel Übertreibungen, die die Wirklichkeit nur einseitig wiedergeben. So heißt es, dass dort, wo vor allem der Profit regiere, kein Raum für Demokratie bleibe. In der Konsequenz bedeutet das: Im Kapitalismus, also auch in Deutschland, gibt es keine Demokratie und keine Freiheit. Im Unterschied zu den PDS-Programmen wird jetzt

41 Siehe 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, in: Disput extra, Berlin, April 2010, S.9.

42 Ebenda, S.3.

die Forderung nach der „demokratischen Vergesellschaftung“ strukturbestimmender Großbetriebe und Banken erhoben. Solche Positionen wie auch das Postulat einer „demokratischen Rahmenplanung“ werden nicht konkret untersetzt. Es bleibt offen, auf welcher ökonomischen Grundlage – wenn nicht auf dem Wertgesetz und nicht auf der Warenproduktion – die sozialistische Gesellschaft beruhen soll. Im Text sind auch andere in der Linkspartei strittige Positionen enthalten. Der dem Neoliberalismus entgegengesetzte politische Ansatz, der sozial-ökologische Umbau, wird nicht als Alternative zur neoliberalen Entwicklung gefasst, sondern lediglich als Querschnittsaufgabe, Natur und Umwelt zu erhalten.

In Bezug auf die Partei und bündnispolitische Überlegungen wird indirekt der Charakter der Linken als Protestpartei unterstrichen, indem man sich einem „Kartell neoliberaler Parteien“ gegenüber sieht und Bündnispartner dementsprechend nur „Bewegungen“ sind.

Eine Regierungsbeteiligung wird nicht per se abgelehnt, aber eine ganze Reihe von Forderungen aufgelistet, die erfüllt sein müssen, sollte die Partei tatsächlich Regierungsverantwortung auf Bundesebene mit übernehmen.

Auf den einzelnen Politikfeldern werden vor allem Forderungen erhoben, die aus der politischen Praxis der jungen Partei bekannt sind. Für ein Parteiprogramm zeigen sich aber auch hier Defizite. So fehlt zum Beispiel auf dem Gebiet der Arbeit eine Analyse der gegenwärtigen und der zukünftig zu erwartenden Produktivkraftstruktur, der demografischen Entwicklung, der Internationalisierung der Wirtschaft und der damit zusammenhängenden Probleme. Der Text beschränkt sich auf die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und anderer notwendiger Arbeiten. Statt des in PDS-Programmen stets geforderten öffentlichen Beschäftigungssektors wird jetzt auf den Ausbau des öffentlichen Dienstes orientiert. Das Kapitel über die Friedens- und Sicherheitspolitik folgt im Wesentlichen der fundamentalistischen Ablehnung von Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UNO. Eine deutsche Beteiligung wird prinzipiell verworfen. Die Zwischenüberschrift lautet: „Frieden statt terroristischer Kriege“. Was unter „terroristischen Kriegen“ zu verstehen ist, wird nicht mitgeteilt.

Resümee

Die PDS hatte sich schon 1990 mit ihrem ersten Parteiprogramm von den Prämissen einer „marxistisch-leninistischen“ Partei klar verabschie-

det. Mit den folgenden Programmen wurde versucht, die programmatische Grundlage einer demokratisch-sozialistischen Partei zunehmend auszubauen. Das Programm von 1993 enthielt hier noch eine Reihe von unentschiedenen Positionen, so zur Eigentumsfrage, die auch als solche benannt wurden. Wie alle Parteiprogramme beinhaltet auch das Cottbusser Programm von 2003 viele Kompromisse. Insgesamt aber wurden sowohl im allgemeinen Teil wie auch auf den einzelnen Reformfeldern ausführliche programmatische Positionen ausgearbeitet. Vergleicht man die Parteiprogramme der PDS, so kann man eine zunehmende Realitätsnähe feststellen.

Die programmatischen „Eckpunkte“ von 2006 nehmen eine Zwischenstellung ein. Gedankengut linker Kreise, vor allem aus den 70er-Jahren der alten Bundesrepublik, von linken SPD- und Gewerkschaftskreisen, aber auch der DKP und verschiedenen K-Gruppen flossen in den Text ein, ohne ihn zu dominieren.

Der 1. Programmentwurf für die Partei DIE LINKE vom März 2010 stellt dagegen eine Zäsur dar. Es herrscht – vor allem in der Präambel, aber auch in weiten Teilen des Textes – ein stark undifferenziertes Weltbild vor. Das ist umso erstaunlicher, als die Begriffe „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ im Gründungsdokument der WASG so gut wie nicht vorkommen. Es ist schon bemerkenswert, wie auch von ehemaligen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären eine programmatische Verschiebung in Richtung eines antikapitalistischen Fundamentalismus vorgenommen werden konnte.